

BRÜSSEL





BILDUNG IN DER EU WIEDER IM AUFWIND?



Nina Salden leitet die DAAD-Außenstelle Brüssel seit 2012. Seit 2007 unterhält der DAAD ein Büro in Brüssel, das die Zusammenarbeit mit den Institutionen der Europäischen Union fördert. Die Außenstelle hat drei Mitarbeiterinnen.

- Zunehmender Populismus, Gefährdung von Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten, die Migrationsdebatte oder der Brexit: Die Herausforderungen für die Europäische Union (EU) sind immens. Da sind Themen, die den Zusammenhalt der Union stärken und bürgernah sind, besonders wichtig. Das Erasmus-Programm ist ein Beispiel hierfür. Die Europäische Kommission hat im Mai 2018 eine Budgetverdoppelung für die Jahre 2021 bis 2027 vorgeschlagen.*

Das Jahr 2018 begann und endete mit der Unsicherheit über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Trotz zweieinhalb Jahren mühsamer Verhandlungen gelang es den Beteiligten aufgrund der politischen Lage in Großbritannien nicht, die ursprünglich geplante Klarheit über die Bedingungen des Austritts zu schaffen. Als Erfolg wertete die EU-Seite, dass es

ihren verbleibenden 27 Mitgliedstaaten gelungen ist, die Einheit in den Brexit-Verhandlungen zu wahren. Die Position der EU blieb unverändert: Sie bedauert den Schritt der Briten, kann ihnen jedoch als Partner außerhalb der Union nicht dieselben Vorteile wie als EU-Mitglied bieten.

Die Ungewissheit über den Brexit hält an

Für Bürger, Wirtschaft und Institutionen auf beiden Seiten war die anhaltende Unsicherheit schwierig. In der Wissenschaft sind britische und EU-Partner insbesondere durch die europäischen Förderprogramme eng verflochten. 31.000 EU-Studierende gehen jährlich mit einem Erasmus-Stipendium für einen Praktikums- oder Studienaufenthalt nach Großbritannien. Das Land ist wegen der englischen Sprache und



› Die Europäische Kommission, Place Schuman, Brüssel.



› Das Europäische Parlament, Place du Luxembourg, Brüssel.

der hohen Qualität des britischen Hochschulsystems das drittbliebteste Zielland für einen Auslandsaufenthalt europäischer und deutscher Studierender. Wie die Kooperation mit Großbritannien nach dem EU-Austritt aussehen wird, war 2018 noch völlig offen.

Wohl hat die Kommission im zukünftigen Erasmus-Programm verankert, dass Drittländer als assoziierte Mitglieder am Programm teilnehmen können. Sie müssen aber einen dem Gewinn aus dem Programm entsprechenden finanziellen Beitrag leisten und können an der Programmgestaltung nicht mitwirken. In den Verhandlungen gilt das Credo, dass es einen deutlichen Mehrwert geben muss, festes Mitglied des „EU-Clubs“ zu sein.

Der EU geht es bei den Brexit-Verhandlungen in erster Linie um Schadensbegrenzung, der Situation ist wenig Positives abzugewinnen.



› Im November 2018 hatte die EU ein Brexit-Abkommen mit der britischen Regierungschefin Theresa May ausgehandelt, das jedoch Anfang 2019 bereits wieder überholt war.

Die Diskussionen über den Brexit haben jedoch auch gezeigt, was Europa in den letzten Jahren geleistet hat und was Großbritannien mit einem Austritt nun zu verlieren droht: den Frieden (zum Beispiel in Nordirland), die wirtschaftliche Verflechtung, die Personenfreizügigkeit und eine enge wissenschaftliche Kooperation.

Das Europäische Parlament wehrt sich gegen die Verletzung von EU-Grundrechten

Der Brexit ist nicht die einzige Herausforderung, der sich die Union 2018 stellen musste. Größere Probleme für den europäischen Einigungsprozess sind der aufkommende Populismus und Europa-skeptizismus sowie die anhaltenden Auseinandersetzungen um den Erhalt von Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten in einigen EU-Mitgliedstaaten, allen voran Ungarn und Polen. 2018 hat diese Kontroverse mit der Einleitung des Artikel-7-Verfahrens gegen Ungarn durch das Europäische Parlament einen neuen Höhepunkt erreicht. Zum ersten Mal in der Geschichte der EU forderte das Parlament den Rat der EU auf, gegen einen Mitgliedstaat vorzugehen, um einen Verstoß gegen die Artikel 2 des Unionsvertrages genannten Grundwerte zu verhindern.

Zu den Bedenken gehört neben dem Recht auf freie Meinungsäußerung auch die akademische Freiheit, die das Parlament durch die ungarische Gesetzgebung bezüglich der Central European University sowie ein Verbot der



› Das Europäische Parlament prangert die Verletzung von Grundrechten wie die akademische Freiheit durch Ungarn an. Judith Sargentini, Mitglied des Europäischen Parlaments, ist zuständige Berichterstatterin für die Einleitung des Artikel-7-Verfahrens.

Geschlechterstudien (gender studies) bedroht sieht. Die Einleitung des Artikel-7-Verfahrens ist ein langwieriger Prozess, der so schnell kein konkretes Ergebnis bringen wird. Die Abstimmung hat jedoch ein Signal an die ungarische und weitere Regierungen gesendet: dass die europäischen Grundwerte und damit auch die akademische Freiheit in der EU zu achten sind.

Die Kommission will das Erasmus-Budget verdoppeln

Im Jahr 2018 wurden die Pflöcke für die künftige Entwicklung der Union eingeschlagen. Im Mai hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für den zukünftigen EU-Haushalt 2021 bis 2027 und die Gestaltung der EU-Programme, darunter Erasmus und das EU-Forschungsprogramm Horizont Europa, vorgelegt. 1.135 Mrd. Euro (in Mitteln für Verpflichtungen, 2018er Preise) sollen der EU für diese Jahre zur Verfügung stehen. Dies ist vergleichbar mit der Höhe des laufenden EU-Haushalts, steht jedoch der Auffassung einiger EU-Mitgliedstaaten entgegen, dass eine nach dem Brexit kleinere Union zukünftig auch mit weniger Geld auskommen müsse. Laut Kommission kostet der derzeitige Haushalt den europäischen Steuerzahler jedoch lediglich „eine Tasse Kaffee pro Tag“. Europa sollte seinen Bürgerinnen und Bürgern mehr wert sein.



› Im zukünftigen EU-Haushalt 2021–2027 sollen zukunftsgerichtete Politikfelder wie Bildung und Forschung aufgewertet werden.

Was ist eine „Europäische Hochschule“?

Die „Europäische Hochschule“ ist ein langfristiges Projekt, das sich über mehrere Jahre entwickeln wird. Die folgenden Charakteristika erwartet die EU:

- Europäische Hochschulen entstehen aus Bottom-up-Allianzen bereits existierender Hochschulen, die eine langfristige, gemeinsame Strategie der Bildungszusammenarbeit mit – wo immer möglich – Verbindungen zu Forschung und Innovation verfolgen.
- Das jeweilige Hochschulkonsortium spiegelt eine breite geografische Verteilung wider.
- Die Europäische Hochschule fördert die gemeinsamen europäischen Werte und verstärkt die europäische Identität.
- Sie bietet einen interuniversitären Hochschulcampus, in dem sich Studierende, Forscherinnen und Mitarbeiter beliebig bewegen können.
- Mobilität auf allen Ebenen ist Standard, mindestens 50 Prozent aller Studierenden der Allianz profitieren hiervon.
- Die Lehre ist interdisziplinär und sektorübergreifend. Wissensbildende Teams von Studierenden und Wissenschaftlern stellen sich den gesellschaftlichen Herausforderungen gemeinsam.
- Die europäische Hochschule schafft innovative Lösungen, die sich an verschiedene Regionen in Europa anpassen lassen.
- Die Studierendenschaft spiegelt die Vielfalt der Bevölkerung wider.
- Die Europäische Hochschule fungiert als Vorbild bewährter Praxis für den gesamten Europäischen Hochschulraum.
- Die europäische Hochschule arbeitet auf die einschlägigen Ziele des europäischen Bildungsraums hin, wie Mehrsprachigkeit, automatische Anerkennung von Studienleistungen und den europäischen Studierendenausweis.

Das Konzept der Europäischen Hochschule sollen zwei Pilotausschreibungen 2018/2019 und 2019/2020 testen. Basierend auf diesen Erfahrungen soll es für das zukünftige Erasmus-Programm 2021 bis 2027 ausgebaut werden.



› Themis Christophidou, Generaldirektorin für Bildung und Kultur in der Europäischen Kommission

„Ziel der Europäischen Hochschulen ist, eine neue Generation von Europäern hervorzubringen, die in der Lage sind, sich in unterschiedlichen europäischen Kulturen zu bewegen und in unterschiedlichen Sprachen sowie über Grenzen und Disziplinen hinweg zu kommunizieren.“

ERASMUS 2021 BIS 2027: DIE WICHTIGSTEN NEUERUNGEN FÜR DEN HOCHSCHULBEREICH

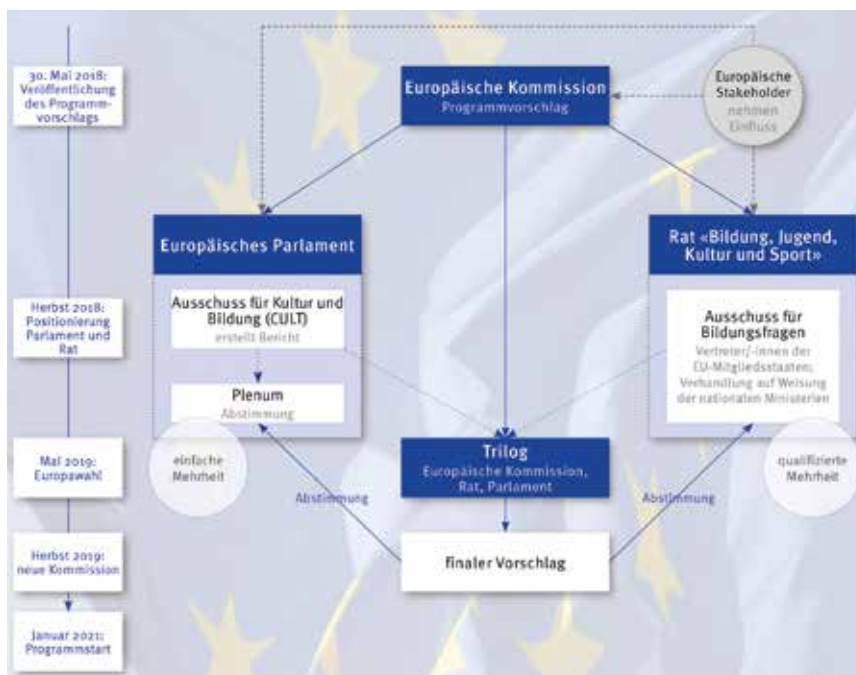
Am 30. Mai 2018 hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für die Verordnung des zukünftigen Erasmus-Programms vorgelegt und eine Verdoppelung des Budgets auf 30 Mrd. Euro vorgeschlagen. Hinzu kommen Finanzmittel aus den EU-externen Finanzierungsinstrumenten für die internationale Dimension. 12 Millionen Personen sollen von dem Programm in den Jahren 2021 bis 2027 profitieren. Das sind dreimal so viele wie im laufenden Programm. Das Programm legt einen Fokus auf Inklusion und damit darauf, mehr

junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen zu erreichen.

Weitere Neuerungen für den Hochschulbereich umfassen:

- die Einführung eines europäischen Studierendenausweises,
- die Förderung von Bottom-up-Allianzen europäischer Hochschulen,
- die Förderung von Innovation und „entrepreneurial education“ durch Innovationspartnerschaften,

- die verstärkte Förderung von zukunftsweisenden Bereichen wie Digitalem, nachhaltiger Entwicklung oder MINT-Fächern,
- die Möglichkeit der Förderung von kürzeren Mobilitätsaufenthalten, „blended learning“ und virtuellem Austausch,
- Ausbau und Vereinfachung der internationalen Dimension des Programms,
- Verstärkung der Synergien mit weiteren EU-Programmen, wie dem EU-Forschungsrahmenprogramm und den EU-Strukturfonds.



Der Vorschlag der EU-Kommission muss von Rat und Parlament diskutiert und im Trilog verhandelt werden, bevor das Programm 2021 starten kann.

Im Fokus des neuen EU-Haushalts steht eine Umschichtung weg von traditionellen Politikfeldern wie Agrar- und Regionalpolitik hin zu zukunftsgerichteten Bereichen. Hiervon sollen auch Bildung und Forschung profitieren. Das EU-Bildungsprogramm Erasmus soll nach dem Wunsch der Kommission auf 30 Mrd. Euro verdoppelt, das Forschungsprogramm Horizont Europa um 30 Prozent auf 97,6 Mrd. Euro erhöht werden. Das Europäische Parlament geht in seinen Forderungen sogar noch weiter. Es fordert

eine Verdreifachung des Erasmus-Budgets und 120 Mrd. Euro für Horizont Europa. Nicht ohne Grund: Die Zwischenevaluierung im vorangehenden Jahr hatte gezeigt, dass Erasmus als eine der positivsten Errungenschaften der EU wahrgenommen wird – neben dem Frieden, dem Euro und dem gemeinsamen Markt.

› Brown Bag Briefing zu Erasmus am 18. September 2018 an der Außenstelle Brüssel. Dr. Klaus Birk, Leiter der NA DAAD, stellt mit seinen Kollegen aus den Niederlanden, Polen, Slowenien und Österreich die Empfehlungen der Nationalen Agenturen zur Zukunft von Erasmus vor.

Der DAAD gestaltet die Zukunft von Erasmus mit

Die Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit im DAAD (NA DAAD) und die DAAD-Außenstelle Brüssel haben sich aktiv in den Prozess zur Neugestaltung des Erasmus-Programms eingebracht. Der Programmvorschlag der Kommission sieht zwar keine erneute Revolution des Programms vor – wie wir dies bei dem Wechsel vom Programm für Lebenslanges Lernen zu Erasmus+ im Jahr 2013 erlebt haben – bleibt aber in der Ausformulierung der Programm-Maßnahmen vage. Die NA DAAD hat daher gemeinsam mit den weiteren Nationalen Agenturen in Europa Vorschläge entwickelt und diese den EU-Institutionen Rat und Parlament, die sich im Herbst 2018 zu dem Kommissionsvorschlag positionieren mussten, in einem Brown Bag Briefing der Außenstelle Brüssel vorgestellt. Hierbei hob die NA DAAD insbesondere die Bedeutung einer dezentralen Umsetzungsstruktur von Erasmus und vereinfachte Regularien für kleine Projekte hervor. Dies sei unerlässlich, um insbesondere das große Ziel der Kommission, Erasmus in Zukunft inklusiver zu gestalten, in die Praxis umzusetzen. Das Ziel der Inklusion steht im Fokus des Kommissionsvorschlags. Erasmus ist zwar unumstritten ein erfolgreiches Programm, es erreicht jedoch nur



› Die deutschen Hochschulen haben die Position des DAAD zur zukünftigen Entwicklung von Erasmus mitgestaltet. Seminar im Februar 2018 an der DAAD-Außenstelle Brüssel.



circa vier Prozent aller Jugendlichen. Ziel ist, Erasmus zukünftig auch weniger favorisierten Gruppen zugänglich zu machen.

Die deutschen Hochschulen haben die Positionierung des DAAD von Beginn an mitgestaltet. Im Februar 2018 kamen in Brüssel Leiterinnen und Leiter deutscher Hochschulen und ihrer Akademischen Auslandsämter zusammen, um der Kommission bereits vor Veröffentlichung des Vorschlags ihre Ideen für die Zukunft von Erasmus mit auf den Weg zu geben. Im Dezember hatten mehr als 60 deutsche Hochschulen die Gelegenheit, sich in der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU über den Vorschlag der Kommission zu informieren und mit den EU-Institutionen die Zukunftsfragen zu Erasmus zu diskutieren. Die Themen umfassten neben Inklusion eine bessere Einbindung von Alumni und Geförderten in die Gestaltung des Programms, Synergien mit der Forschungszusammenarbeit sowie die neue Maßnahme zur Förderung Europäischer Hochschulen.

Europäische Hochschulen sollen die Attraktivität des Europäischen Hochschulraums stärken

Die wohl meistbeachtete Neuerung im zukünftigen Erasmus-Programm ist die Förderlinie der Europäischen Hochschulen. Sie startete bereits im Herbst 2018 mit der Veröffentlichung einer Pilotausschreibung. Im September 2017 hatte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron die Idee der „Europäischen Hochschule“

Hoffnung für die Zukunft: Kenanah Alchaieb im Gespräch mit EU-Kommissar Johannes Hahn

Kenanah Alchaieb hat in Syrien Pharmazie studiert, bevor die heute 27-Jährige vor dem anhaltenden Bürgerkrieg in ihrem Heimatland nach Jordanien fliehen musste. 2016 hat sie ein HOPES-Stipendium („Higher and Further Education Opportunities and Perspectives for Syrians“) erhalten, um ihr Studium weiterzuführen – laut eigenen Aussagen „der schönste Tag“ in ihrem Leben. Zurzeit beendet sie ihren Master of Business Administration an der Yarmouk-Universität mit exzellenten Noten.



› Kenanah Alchaieb hat nach ihrer Flucht aus Syrien über das Projekt HOPES ein Stipendium zur Weiterführung ihrer Studien in Jordanien erhalten.

Im April 2018 haben Kenanah Alchaieb und weitere Geflüchtete mit dem für die Nachbarschaftspolitik zuständigen EU-Kommissar Johannes Hahn in Brüssel über die Zukunft Syriens diskutiert. Sie stellten dabei den Wert von Bildung für die syrischen Jugendlichen ins Zentrum. Bildung schafft Perspektiven und die Aussicht auf ein besseres Leben. Kenanah Alchaieb konnte aus eigener Erfahrung von den Wünschen und Sorgen syrischer Studierender berichten.

Abschlussarbeit eines Mitstipendiaten, der sein Architekturstudium in Ägypten dank HOPES mit einer Arbeit zum Wiederaufbau seiner syrischen Heimatstadt Homs erfolgreich beendet hat. Die syrischen Jugendlichen wollen ihre Zukunft und die ihres Landes mitgestalten.

Die zentralen Fragen sind die nach der beruflichen Zukunft. Werde ich eine Arbeit finden? Wie werde ich das an der Universität erworbene Wissen anwenden, vertiefen und für mich und andere nutzbar machen können? Kenanah Alchaieb überreichte dem EU-Kommissar die

„HOPES bietet, was die Region derzeit besonders nötig braucht: Hoffnung auf eine bessere Zukunft und Perspektiven für die junge Generation.“ So stellte DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ das Projekt in ihrem Grußwort vor.



› Ideen für die Zukunft: EU-Kommissar Johannes Hahn im Dialog mit Jugendlichen aus Syrien, Jordanien und dem Libanon. Side-Event zu der zweiten internationalen Syrien-Konferenz am 23. April 2018 in Brüssel.



› EU-Kommissar Johannes Hahn im Dialog mit Jugendlichen aus Syrien, Jordanien und dem Libanon.

HOPES bietet Flüchtlingen aus Syrien und jungen, benachteiligten Menschen aus den Aufnahmeländern Libanon, Jordanien, Ägypten, Irak und der Türkei die Möglichkeit, ein Hochschulstudium zu beginnen oder wieder aufzunehmen. Der „Madad Fund“ der Europäischen Union, der die Folgen der anhaltenden Krise in Syrien mildern und einen späteren Wiederaufbau unterstützen soll, fördert das Projekt. Neben dem DAAD als Konsortialführer tragen die drei europäischen Institutionen Campus France, British Council und Nuffic das Projekt.

Seit seinem Start im April 2016 konnte HOPES 620 Vollstipendien an syrische Flüchtlinge in der Region und an Studierende der gastgebenden Gemeinschaft verleihen. 4.807 Studierende konnten Sprachkurse besuchen. Außerdem finanziert HOPES 32 Bildungsprojekte lokaler Anbieter.

Es bleibt auch in der Zukunft noch viel zu tun. Kommissar Hahn versprach im Rahmen der Veranstaltung, die Anregungen und Wünsche seiner jungen Gesprächspartnerinnen und -partner in die direkt im Anschluss stattfindende internationale EU-Syrien-Konferenz einzubringen und sich dafür einzusetzen, dass Bildung auch zukünftig einen zentralen Platz in der EU-Unterstützung für die Region einnehmen wird.

erstmalig vorgestellt, im Dezember 2017 nahmen die Staats- und Regierungschefs der EU sie auf. Bis 2024 sollen mindestens 20 Europäische Hochschulen, bestehend aus Netzwerken existierender Hochschulen, entstehen. Diese Hochschulverbände sollen es Studierenden ermöglichen, durch eine Kombination ihrer Studien in mehreren EU-Ländern einen europäischen Studienabschluss zu erwerben. Sie tragen damit zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Hochschulraums bei.

Nach dem Beschluss der EU-Spitzen ging – für Brüsseler Verhältnisse unüblich – alles ganz schnell. Zahlreiche Foren diskutierten die Idee Anfang 2018. Hierzu trug auch der DAAD entscheidend bei.



› Vanessa Debiais-Sainton, Referatsleiterin für Hochschulbildung in der Europäischen Kommission, stellt die neue Förderinitiative der Europäischen Hochschulen auf dem DAAD-Seminar zur neuen EU-Programmgeneration im Dezember 2018 in Brüssel vor.

Ganz so neu ist die Idee von Macron nämlich nicht. Sie fußt auf einem Trend, den wir bereits seit einigen Jahren in der Gestaltung von Hochschulkooperationen beobachten können. Hochschulen vernetzen sich mit einigen wenigen, strategisch ausgewählten Partnern, anstatt eine Vielzahl von Kooperationen zu unterhalten. Seit 2012 fördert der DAAD mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) „Strategische Partnerschaften“ deutscher Hochschulen, die genau diesen Zweck verfolgen.

In einem Workshop im April in Brüssel, den der DAAD, die Hochschulrektorenkonferenz und



die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU ausrichteten, stellten sich einige dieser Partnerschaften vor und diskutierten das neue Konzept der Europäischen Hochschulen. Dem DAAD war es insbesondere ein Anliegen zu zeigen, wie divers Partnerschaften sein können: territorial organisiert, fachlich fokussiert, mit oder ohne Akzent auf der Forschungszusammenarbeit und unter Einbeziehung unterschiedlichster Hochschultypen von Volluniversitäten über Hochschulen für angewandte Wissenschaften bis zu kleineren spezialisierten Institutionen.

Die Ambitionen dieser neuen EU-Initiative sind hoch: Sie soll zu einem „Quantensprung“ in der Zusammenarbeit zwischen allen Arten von Hochschuleinrichtungen aus allen Regionen Europas führen. Die neueren Mitglieder der EU hatten früh die Befürchtung geäußert, bei die-

› Hot topic in Brüssel: Europäische Hochschulen. Sophia Eriksson-Waterschoot, Direktorin der Europäischen Kommission, erläutert die neue Initiative im DAAD-Workshop am 16. April 2018 in Brüssel.

sen neuen Leuchtturmprojekten außen vor gelassen zu werden. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission erstmals ein Kriterium zur geografischen Ausgewogenheit der zu fördernden Konsortien aufgestellt. Das ist bei Hochschulvertreterinnen und -vertretern nicht unumstritten. Sie fürchten, dass sich dieses Kriterium mit einer auf Exzellenz basierenden Auswahl nicht vereinbaren lässt. Die Europäische Union besteht jedoch aus 28 Mitgliedstaaten. Politisch war das Programm nur auf einer gemeinsamen Basis umzusetzen.



› Mirko Woitzik hat am DAAD-Programm Sprache und Praxis in China teilgenommen und arbeitet heute im Asien-Geschäft einer international tätigen Firma.

EU – CHINA: AUSTAUSCH SCHAFFT VERSTÄNDIGUNG

Chinesische Studierende machen die größte Gruppe internationaler Studenten und Studentinnen in der EU aus. Im Vergleich gehen nur wenige EU-Studierende für einen Studienaufenthalt nach China. Sowohl China als auch die EU benötigen jedoch die Expertise zu Land, Sprache und Kultur ihres Partners, um die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zu fördern.

Das trinationale Forschungsprojekt „Bright Futures – students on the move“ hat die Beweggründe der Mobilität chinesischer Studierender nach Europa untersucht und seine Forschungsergebnisse in einer Veranstaltung der DAAD-Außenstelle Brüssel vorgestellt. Darüber hinaus diskutierten die Teilnehmer mit Hochschulakteuren aus Brüssel, wie die Mobilität europäischer Studierender nach China erhöht werden kann. Mirko Woitzik, ehemaliger Stipendi-

at des DAAD-Programms „Sprache und Praxis in China“, schilderte den großen Mehrwert, den ihm der Aufenthalt in China für seine Karriere gebracht hat. Er sprach aber auch die Herausforderungen für europäische Studierende im Land der Mitte an, wie beispielsweise die Sprache und unterschiedliche Lehrmethoden. Der DAAD und die Europäische Kommission sehen die Förderung institutioneller Hochschulkooperationen als ein Mittel, die Mobilität zu erhöhen.



› Policy Briefing EU-China Student Mobility
im Oktober in Brüssel.

In der europäischen Hochschul-Community hat die Idee der Europäischen Hochschulen einen Nerv getroffen. Das Interesse der Hochschulen in Europa und Deutschland ist groß. Auf einer Informationsveranstaltung der Europäischen Kommission im Dezember kamen vor Ort mehr als 300 Teilnehmende sowie 650 virtuell zusammen, um sich über die Pilotausschreibung zu informieren. Entscheidend für den Erfolg der Initiative wird nun sein, welche innovativen und exzellenten Vorschläge die Hochschulen im Rahmen der Ausschreibung vorlegen und ob sie in der Lage sind, ihr jeweiliges Projekt langfristig zu sichern.

Der DAAD agiert europäisch vernetzt

Die Diversität Europas spiegelt sich auch in der tagtäglichen Arbeit des DAAD in Brüssel wider. Um Interessen auf europäischer Ebene wirksam zu vertreten, muss der DAAD Allianzen

schmieden. Mehr als die Hälfte der vom DAAD in Brüssel ausgerichteten Seminare hat er gemeinsam mit europäischen Partnern gestaltet. Im Februar 2018 haben die Mitglieder des europäischen Dachverbands Academic Cooperation Association (ACA) der Kommission anhand von Programmbeispielen vorgestellt, wie die EU-Strategie zur „erneuerten EU-Agenda für die Hochschulbildung“ in die Praxis umgesetzt werden kann. Im September fand an der DAAD-Außenstelle ein Austausch europäischer Hochschulvertreter und -vertreterinnen zur Integration von Flüchtlingen in das europäische Hochschulsystem statt.

Darüber hinaus kooperiert der DAAD eng mit Campus France, British Council und Nuffic. Im April kamen die Generalsekretäre der vier Partnereinrichtungen anlässlich einer Veranstaltung zum gemeinsamen Projekt „Higher and Further Education Opportunities and Perspectives for Syrians (HOPES)“ zum wiederholten Mal in Brüssel zusammen, um die Zusammenarbeit untereinander und mit der EU-Kommission zu stärken.

Europawahljahr 2019

Die Themen des Jahres 2018 dürften auch dieses Jahr dominieren. Neben dem Brexit ist dies vor allem das Erstarren europaskeptischer Parteien. Für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 wird ein Rechtsruck befürchtet, der die dringend notwendigen Einigungen zur Zukunft Europas, wie etwa zum mehrjährigen EU-Haushalt ab 2021 und zu den EU-Programmen, noch schwieriger gestalten könnte.



NEUE WEBSITE UND TWITTER-ACCOUNT

Die DAAD-Außenstelle Brüssel hat ihre Website komplett überarbeitet und informiert nun auf www.daad-brussels.eu in Deutsch

und Englisch umfassend über hochschulpolitische Entwicklungen auf EU-Ebene sowie über die Aktivitäten der Außenstelle. Seit Juni ist die

Außenstelle Brüssel auch unter [@DAAD_EU](https://twitter.com/DAAD_EU) auf Twitter präsent.



Tabelle 21: Statistischer Überblick Europäische Union 2018

Daten	
Mitgliedstaaten	28
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	512 Mio.
BIP der EU-28 (2018, in EUR)	15,33 Bill.
Mehrfähriger EU-Haushalt 2014-2020 (in EUR und für 2018 angepasst)	1,08 Bill.
<i>hiervon für Erasmus+ (in EUR)</i>	14,7 Mrd.
<i>hiervon für Horizont 2020 (in EUR)</i>	79,4 Mrd.
EU-Haushalt (2018, in EUR)	160,3 Mrd.
EU-Haushalt für Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung (2018 in EUR)	21,84 Mrd.
<i>hiervon für Erasmus+ (in EUR)</i>	2,26 Mrd.
<i>hiervon für Horizont 2020 (in EUR)</i>	11,2 Mrd.
in % des Gesamthaushalts	13,6
<i>Ausgaben der EU-Mitgliedstaaten für Bildung (2016, in % des BIP)</i>	Ø 4,7
<i>Tertiäre Bildung (in % des BIP)</i>	0,7
Hochschulen in der EU	ca. 3300
Studierende im Tertiärbereich in der EU (2016)	19,6 Mio.
EU-Hochschulabsolvent/innen mit Auslandserfahrung (2016, in %)	10,7
ERASMUS-geförderte Studierende 2016/17	325 755
<i>seit 1987</i>	rund 4,4 Mio.
EU-Hochschulabsolvent/innen 2017 (Prozentsatz der 30- bis 34-Jährigen)	39,9
Beschäftigungsquote bei EU-Hochschul-absolventen (20-34 Jahre) 2017 (in %)	84,9
Die drei wichtigsten EU-Institutionen	
Rat der Europäischen Union Vertretung der EU-Mitgliedstaaten Gesetzgebendes Organ (in den meisten Politikbereichen gemeinsam mit dem Europäischen Parlament)	Minister und Staats- und Regierungschefs (Europäischer Rat) der EU-Mitgliedstaaten
Europäisches Parlament Vertretung der Bürger/innen / Gesetzgebendes Organ (Zustimmung oder Mitentscheidung mit Rat)	1 Präsident, 751 Mitglieder
Europäische Kommission Exekutive- /Ausführende Behörde Vorschlagsrecht für EU-Gesetzgebung	1 Präsident, 1 Hohe Vertreterin, 5 Vize-Präsidenten, 21 weitere Kommissare, 31 General- direktionen 32.196 Mitarbeiter

Quellen:

Eurostat – Statistisches Amt der Europäischen Union (<http://ec.europa.eu/eurostat/>)
 Europäisches Parlament (<http://www.europarl.europa.eu/>)
 Europäische Kommission (<http://ec.europa.eu/>)
 Europäischer Rat (<http://www.consilium.europa.eu/>)
 Generaldirektion für Finanzen (http://ec.europa.eu/budget/mff/figures/index_de.cfm#COM_2015_320 / http://ec.europa.eu/budget/annual/index_de.cfm)
 Generaldirektion für Bildung und Kultur (Erasmus 2017: <https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/519aa03d-1f0b-11e9-8d04-01aa75ed71a1>)
 Monitor für allgemeine und berufliche Bildung 2018 (http://ec.europa.eu/education/resources-and-tools/document-library/education-and-training-monitor-eu-analysis-volume-1-2018_de)